

## **SO-01-NEU** Sozialer Zusammenhalt

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 29.09.2016

### **Wir investieren in Gerechtigkeit (nur neue Zeilenummerierung)**

1 Wir Grüne kämpfen für ein gerechtes Land, in dem jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben  
2 führen kann. Ein Land, in dem sich jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft entfaltet und  
3 dessen Wohlstand allen zugutekommt. In der Gesellschaft, die wir wollen, dient die  
4 Wirtschaft dem Menschen und nicht umgekehrt. Unternehmen wirtschaften nachhaltig und zahlen  
5 faire Löhne. Kein Mensch muss finanzielle Ängste vor Krankheit und Alter haben – ganz egal,  
6 wie er versichert ist. Frauen haben die gleichen Rechte und Chancen wie Männer und Familien  
7 haben Zeit füreinander. Der öffentliche Raum genießt höchste Wertschätzung, die öffentliche  
8 Hand hat ausreichende Mittel für Kitas, Schulen und Universitäten; Spielplätze, Theater und  
9 Sportanlagen; Straßen, Radwege und öffentlichen Nahverkehr. Um diesen Zielen näher zu  
10 kommen, haben wir ein Programm für nachhaltige Investitionen, gezielte Entlastungen, soziale  
11 Sicherung und gerechte Verteilung entwickelt.

12 Deutschland ist ein wohlhabendes Land – im Durchschnitt. Es gibt eine große Mittelschicht,  
13 die weder arm noch reich ist und in Kommunen wohnt, die zwar nicht in Luxus schwimmen, aber  
14 in der Lage sind, öffentliche Einrichtungen in guter Qualität vorzuhalten. Deutschland ist  
15 aber auch ein ungleiches Land. Wohlstand und Chancen hängen zu sehr vom Elternhaus ab. Unser  
16 Bildungssystem mag besser sein als das vieler anderer Staaten, doch für echte  
17 Chancengleichheit sorgt es nicht. Immer noch entscheiden die familiäre Herkunft, Einkommen  
18 und Vermögen hierzulande maßgeblich über die Aufstiegschancen, und nicht primär Talent,  
19 Fleiß oder Ehrgeiz. Es sind mehr Männer und Frauen erwerbstätig als je zuvor. Doch zu viele  
20 von ihnen – vor allem Frauen – arbeiten schlecht bezahlt, befristet oder unfreiwillig in  
21 Teilzeit.

#### *22 Reiches, armes Land*

23 Arm und Reich driften in den letzten Jahren weiter auseinander und haben im Alltag immer  
24 weniger Berührungspunkte. Die privaten Vermögen einiger sind enorm angestiegen. In kaum  
25 einem Land der Euro-Zone ist die Vermögensungleichheit größer. Die breite Mehrheit steht  
26 wirtschaftlich da, wo sie vor 20 Jahren auch schon stand. Viele Geringverdiener haben sogar  
27 verloren. Die Einkommensungleichheit verharrt auf hohem Niveau, obwohl die Reallöhne seit  
28 2010 steigen. Wir erleben eine Rückkehr zu überwinden geglaubten Zuständen. Die soziale  
29 Mobilität nimmt ab und die Unterschiede zwischen „oben und unten“ verfestigen sich. Die  
30 eingeschränkte Teilhabe von Vielen und eine enorme Konzentration des Wohlstandes bei Wenigen  
31 werden zu einer sich verschärfenden strukturellen Machtfrage. Zu viel Reichtum in den Händen  
32 weniger Leute gefährdet die wirtschaftliche Dynamik und nährt Fehlinvestitionen und  
33 Preisblasen auf den Finanzmärkten.

34 Unser Land hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten, allen, die hier leben, gleiche Chancen  
35 und eine faire Teilhabe an Wohlstand und Lebensqualität zu bieten. Doch gefühlte und erlebte  
36 Ungerechtigkeiten gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie. Es  
37 sind auch unsichtbare Mauern in und zwischen den Wohnvierteln, die unsere Gesellschaft  
38 spalten. Hier die Problemschule im sozialen Brennpunkt, da das Elitegymnasium in bevorzugter  
39 Lage. In manchen Regionen sind die öffentlichen Gebäude frisch saniert und das Internet  
40 kommt in Spitzengeschwindigkeit überall an. Ein paar Kilometer weiter zerfällt die

41 Infrastruktur, sind Schulen in einem jämmerlichen Zustand und das Stadtbad bereits seit  
42 Jahren geschlossen. Die Erzieherin, der Pfleger oder die Polizistin müssen trotz ihrer  
43 gesellschaftlich wertvollen Arbeit mit vergleichsweise niedrigen Einkommen über die Runden  
44 kommen. Investmentbanker und Spitzenmanager streichen dagegen Millionen an Gehältern und  
45 Boni ein, selbst wenn sie Werte vernichten.

46 Gerechtigkeit ist zentraler Grundsatz für uns GRÜNE. Dieser Anspruch strahlt für uns in alle  
47 Politikbereiche aus. Wie wir leben, hat Auswirkungen auf die Chancen der Menschen in anderen  
48 Teilen der Welt. Deshalb entspricht es unserem Verständnis von Gerechtigkeit, dass Menschen  
49 nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt eine Chance auf eine lebenswerte Gegenwart  
50 und Zukunft haben. Gerechtigkeit bedeutet für uns, auch künftigen Generationen eine intakte  
51 und lebenswerte Welt zu übergeben, in der sie selbstbestimmt leben können. In der vernetzten  
52 Welt des 21. Jahrhunderts kann und sollte soziale Sicherung nicht ausschließlich im  
53 nationalen Rahmen gedacht werden. Soziale Gerechtigkeit ist auch ein zentrales Thema für die  
54 Solidargemeinschaft der Europäischen Union. In dem Antrag "Ja zu Europa, Mut zur  
55 Veränderung" führen wir auf, wie wir mit einem sozialen Europa, einem europäischen  
56 Steuerpakt und einem Green New Deal das Leben auf unserem Kontinent besser gestalten können  
57 als mit nationalen Alleingängen oder mit einer einseitigen Austeritätspolitik, die ohne die  
58 notwendigen Reformen und Investitionen durchgesetzt wird.

59 *Investieren, entlasten, teilen*

60 Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit sind für uns zwei Seiten derselben  
61 Medaille, wenn wir die Teilhabe aller erreichen und verbessern wollen. Drei Ziele sind uns  
62 besonders wichtig, um dieses Land für uns und für unsere Kinder lebenswerter zu machen.

63 *Erstens* wollen wir mehr in eine gute Zukunft unseres Landes investieren: In  
64 Chancengerechtigkeit, in einen Bildungsaufbruch und in gute öffentlichen Einrichtungen. Wir  
65 wollen jedes Kind bestmöglich fördern und echte Aufstiegschancen für alle ermöglichen. Dafür  
66 brauchen wir vor allem handlungsfähige Kommunen. Dort müssen wir den Investitionsstau in  
67 dreistelliger Milliardenhöhe auflösen und unsere Städte und Gemeinden in die Lage versetzen,  
68 Kita-Plätze zu schaffen, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken, Schwimmbäder, Theater und  
69 Jugendzentren zu unterhalten.

70 *Zweitens* wollen wir Familien und Alleinerziehende gezielt finanziell entlasten und  
71 unterstützen. Kinderarmut darf in einem reichen Land wie Deutschland ebenso wenig einen  
72 Platz haben wie Armut im Alter. Wir brauchen ein soziales Sicherheitsnetz, das wirkungsvoll  
73 vor Armut schützt, ein gutes Leben im Alter ermöglicht und niemanden durchs Raster fallen  
74 lässt. Wir stehen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und  
75 solidarisches Leben von Frauen und Männern ermöglicht. Wir wollen die großen Aufgaben  
76 anpacken: eine wirklich solidarische Finanzierung der Renten- und Krankenkassen und eine  
77 Modernisierung der sozialen Sicherungsnetze in Zeiten der Digitalisierung.

78 *Drittens* wollen wir, dass der gemeinsam erwirtschaftete Wohlstand in unserem Land fairer  
79 geteilt wird.<sup>[1]</sup> Wir arbeiten für ein gerechtes Land und eine solidarische Gesellschaft. Dazu  
80 müssen alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Wir kämpfen für  
81 mehr Steuerehrlichkeit und eine gerechtere Besteuerung von sehr vermögenden Menschen. Wir  
82 setzen uns dafür ein, dass Chancen und Vermögen gerechter verteilt und möglichst alle  
83 Arbeitsverhältnisse gut und sicher ausgestaltet und fair entlohnt werden.

## 84 **Wir investieren in gute Bildung**

85  
86 Der Zugang zu guter Bildung ist eine Voraussetzung, um allen Menschen die gleiche Teilhabe  
87 und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Ein gutes Bildungssystem, von den  
88 Kindertagesstätten über die Schulen bis zu den Hochschulen und den

89 Weiterbildungsinstitutionen, ist daher eine Schlüsselfrage für Chancengleichheit in der  
90 Zukunft. Das betrifft im Fall von Kitas und Schulen nicht nur die Kinder, sondern auch deren  
91 Eltern, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Dabei sind insbesondere  
92 Alleinerziehende auf gute öffentliche Einrichtungen angewiesen.

93 Der aktuelle Bildungsbericht von Bund und Ländern zeigt, dass Kinder, die es schwer haben,  
94 in Kita und Schule immer mehr mit Kindern zusammen sind, die es ebenfalls schwer haben. Kita  
95 und Schule müssen daher immer mehr ausgleichen, um Chancengerechtigkeit und gleiche  
96 Startchancen zu ermöglichen. Dabei müssten gerade in Stadtteilen, in denen viele sozial  
97 benachteiligte Menschen leben, Kitas und Schulen besonders gut ausgestattet werden. Nur so  
98 schaffen wir es, dass Benachteiligte eine faire Chance bekommen und Mittelschichtsfamilien  
99 nicht wegziehen, sobald ihre Kinder das schulpflichtige Alter erreichen. Doch Bund, Länder  
100 und Kommunen investieren insgesamt zu wenig in ihre Bildungseinrichtungen. Die öffentlichen  
101 Bildungsausgaben liegen unter dem OECD-Schnitt. Was die Förderung von Kindern und  
102 Jugendlichen angeht, hinkt unser Land hinterher. Das wollen wir ändern. Wir halten an den  
103 Zielen fest, 7 Prozent des BIP in die allgemeine Bildung und 3,5 Prozent in Forschung und  
104 Entwicklung zu investieren.

105 Wir wollen das **Kooperationsverbot im Bildungsbereich abschaffen**. So wollen wir es dem Bund  
106 wieder ermöglichen, gemeinsam mit den Ländern stärker und zielgenau **in Bildung zu**  
107 **investieren**. Denn momentan darf der Bund die Bundesländer in der Bildungspolitik nicht  
108 unterstützen. Das wollen wir korrigieren. Kitas und Schulen in Gebieten mit schwacher  
109 Einkommensstruktur wollen wir vorrangig fördern. Die Schulsozialarbeit wollen wir ausbauen.

110 Ein bundesweites **Kitaqualitätsgesetz** soll sicherstellen, dass gute Startchancen nicht vom  
111 Wohnort des Kindes abhängen und schon bei der frühkindlichen Bildung die Qualität gesteigert  
112 wird. Unser Anspruch ist, dass Erzieherinnen und Erziehern tatsächlich genügend Zeit für die  
113 Betreuung und Förderung jedes Kindes haben. Die Fachkraft-Kind-Relation sollte sich deshalb  
114 an der Maximalgröße 1:4 für unter Dreijährige und 1:10 für über Dreijährige orientieren. Wir  
115 wollen neuen Schwung für flächendeckend qualitativ **hochwertige Ganztagschulen**. Dafür legen  
116 wir ein neues bundesfinanziertes **Schulsanierungsprogramm** auf. Solange das Kooperationsverbot  
117 besteht, entlasten wir die Kommunen 5 Jahre lang mit jährlich 2 Milliarden Euro, damit sie  
118 das Geld in den Ganztagschulausbau stecken können.

119 Echte Teilhabe braucht neben Lernförderung auch Sport, Musik und Kultur. Das aktuell  
120 geltende Bildungs- und Teilhabepaket ist bürokratisch und wird gerade einmal von einem  
121 Fünftel der berechtigten Kinder in Anspruch genommen. Bei der Lernförderung ist es sogar nur  
122 jedes zehnte Kind. Darum wollen wir einen Teil des Bildungs- und Teilhabepakets durch frei  
123 zugängliche sowie **bundesweit garantierte Angebote an Kitas, Schulen, Musikschulen und**  
124 **Vereinen** ersetzen und den anderen Teil der Leistungen in den Regelsatz überführen, um  
125 Familien nicht weiter mit bürokratischen Antragshürden von gesellschaftlicher Teilhabe  
126 auszuschließen.

127 Unsere Schulen und Hochschulen brauchen eine soziale Öffnung. Wir wollen das Studieren  
128 gerade für junge Menschen aus benachteiligten Familien und aus Nicht-Akademiker-Haushalten  
129 erleichtern. Dazu wollen wir das **BAföG erhöhen** und es zum Zwei-Säulen-Modell  
130 weiterentwickeln. Damit die Studienbedingungen besser werden und die Abbruchzahlen sinken,  
131 **statten wir den Hochschulpakt besser aus**. Wir lehnen Studiengebühren ab und wollen das  
132 Deutschlandstipendium abschaffen.

133 Wir wollen den Übergang von der Schule in die Ausbildung verbessern. Dazu gehört eine  
134 **Ausbildungsgarantie**, um zu verhindern, dass junge Menschen weiter ziel- und planlos von  
135 Maßnahme zu Maßnahme verschoben werden. Alle bekommen individuelle Angebote. Wer trotzdem  
136 keine Lehrstelle findet, startet mit einer überbetrieblichen Ausbildung, die zu einem  
137 anerkannten Berufsabschluss führt.

138 Regelmäßige Weiterbildung wird immer wichtiger, auch weil die Digitalisierung immer mehr  
139 Arbeitsbereiche durchdringt. Wir wollen, dass alle ihr Wissen und ihre Kompetenzen  
140 regelmäßig erweitern und auffrischen können. Deshalb können wir nicht hinnehmen, dass die  
141 Hälfte der Erwachsenen in Deutschland – vor allem gering Qualifizierte,  
142 Teilzeitbeschäftigte, Ältere und Menschen mit Einwanderungsgeschichte – bei der beruflichen  
143 Weiterbildung außen vor bleiben. Wir wollen die **berufliche Weiterbildung** aller mit dem  
144 Modell BildungsZeitPlus, einem individuellen Mix aus Zuschuss und Darlehen, **finanziell**  
145 **gezielt unterstützen**. Wir wollen in allen Bildungseinrichtungen die digitale Teilhabe  
146 verbessern.

## 147 **Wir kämpfen für Lohngleichheit und eine eigenständige** 148 **Existenzsicherung von Frauen**

150 Gerechtigkeit meint für uns GRÜNE auch immer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Wir  
151 wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und solidarisches  
152 Leben ermöglicht. Hier hat grüne Politik viel erreicht. Aber solange es ein Gefälle in der  
153 Verteilung von Machtpositionen, Einkommen und Zeit zu Lasten von Frauen gibt, bleibt diese  
154 Gerechtigkeitslücke bestehen.

155 Wir wollen die **Lohnungerechtigkeit** zwischen Männern und Frauen **beenden**. Frauen verdienen im  
156 Durchschnitt 21 Prozent weniger als Männer. Das ist nicht nur zutiefst ungerecht – damit ist  
157 Deutschland auch europaweites Schlusslicht. Minijobs und ein fehlendes Rückkehrrecht auf  
158 Vollzeit und vorherigen Stundenumfang sind weitere Hürden auf dem Weg zur  
159 Gleichberechtigung. Dazu gehört für uns auch eine gerechte Bewertung von Arbeit und eine  
160 gesellschaftliche Aufwertung von Berufen mit hohem Frauenanteil – also all jener Berufe, die  
161 sich direkt um Menschen kümmern, sei es in der Pflege, in der Kita oder in sozialen  
162 Projekten. Entgeltregelungen müssen überprüft werden, **Entgeltdiskriminierungen** wollen wir  
163 **beseitigen**. Außerdem fordern wir ein Verbandsklagerecht, beispielsweise für Gewerkschaften,  
164 damit Verbände stellvertretend für die Beschäftigten klagen können. Es muss sich für Frauen  
165 insbesondere lohnen, mehr als nur geringfügig arbeiten, damit sie den Schutz der  
166 Sozialversicherungen erhalten. Dafür wollen wir den gesamten Niedriglohnsektor reformieren,  
167 prekäre Beschäftigung zurückdrängen und **Minijobs durch sozialversicherungspflichtige**  
168 **Beschäftigungsverhältnisse ersetzen**.

169 Wir wollen Frauen und Männer in ihrem Wunsch unterstützen, sich die Sorge für ihre Kinder  
170 und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu teilen. Die ungleiche steuerliche Behandlung  
171 von heute gelebten Familienformen wollen wir beenden. Unser Steuersystem soll kein Hindernis  
172 dafür sein, dass Frauen sich eine **eigenständige Existenzsicherung** aufbauen und sich  
173 beruflich so verwirklichen können, wie sie es wünschen.

174 Das Ehegattensplitting steht diesen Zielen im Weg. Es ist ungerecht, denn es erlaubt nur  
175 einem Teil der Familien, Lebensphasen abzufedern, in denen eine Person weniger oder nichts  
176 verdient. Das Ehegattensplitting ist nicht nachhaltig. Alleinerziehende oder Paare, die sich  
177 den Verzicht auf ein zweites Einkommen nicht leisten können, haben nichts davon. Hinzu  
178 kommt, dass die mit dem Ehegattensplitting geförderte Arbeitsteilung vor allem für Frauen  
179 erhebliche Armutrisiken birgt und langfristig alles andere als eine Absicherung ist. Eine  
180 Frau, die keiner oder nur einer geringfügigen Erwerbsarbeit nachgeht und in dieser Zeit  
181 zusammen mit ihrem Partner vom Splitting profitiert, steht nach der Scheidung oder Verlust  
182 des Partners oft ohne eigene Alterssicherung da. Aus diesen Gründen wollen zur individuellen  
183 Besteuerung übergehen und das Ehegattensplitting durch eine **gezielte Förderung von Familien**  
184 **mit Kindern und Alleinerziehenden** ersetzen.

185 *VARIANTE 1: Dabei soll für Paare, die nach einer Reform heiraten oder sich verpartnern, das*  
186 *neue Recht gelten. Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, bleibt das alte*

187 *Recht mit Ehegattensplitting bestehen.*

188 *VARIANTE 2: Dabei soll für Paare, die nach einer Reform heiraten oder sich verpartnern, das*  
189 *neue Recht gelten. Für Paare, die bereits verheiratet sind, wird die Individualbesteuerung*  
190 *schrittweise in einem Übergangszeitraum von 10 bis 20 Jahren eingeführt.*

191 Die Reform des Ehegattensplittings wird mit **Verbesserungen bei den Leistungen für Familien**  
192 **mit Kindern und Alleinerziehenden** verknüpft, die sicherstellen, dass Ehen mit Kindern keine  
193 Nachteile erfahren.

194 Wir wollen weiterhin anerkennen, dass Paare, sei es in der Ehe oder in einer  
195 Lebenspartnerschaft oder einfach zu zweit, in vielfältiger Weise Verantwortung füreinander  
196 übernehmen. Aufwendungen für den Lebensunterhalt sollen daher zumindest in Höhe des  
197 Grundfreibetrags steuerfrei gestellt werden. Wenn beide Eltern arbeiten, entstehen  
198 beispielsweise Kosten für die Betreuung der Kinder. Auch diese gemeinsamen Aufwendungen  
199 sollen zugunsten beider Eltern steuerlich absetzbar sein. Es könnte darüber hinaus sinnvoll  
200 sein, auch freiwillige Beiträge für die Altersvorsorge oder die Krankenversicherung  
201 anzuerkennen.

## 202 **Wir stärken Familien, unterstützen Alleinerziehende und** 203 **fördern Kinder**

205 Wir wollen, dass alle Kinder gut aufwachsen und ihre Talente verwirklichen können. Doch  
206 aktuell leben fast drei Millionen Kinder in Deutschland in Armut oder sind von Armut  
207 bedroht. Jedes zweite davon lebt in einem Alleinerziehenden-Haushalt. Deutschland schafft es  
208 nicht, Chancengerechtigkeit und echte Teilhabe aller von Anfang an zu ermöglichen. Das ist  
209 zutiefst ungerecht. Dafür braucht es eine effektive Strategie, die unterstützende und  
210 befähigende Infrastruktur und Geldleistungen klug miteinander kombiniert.

211 Alleinerziehende tragen heute das größte Armutsrisiko. Dabei gehören sie zu den  
212 Leistungsträger\*innen in unserem Land. Wir wollen, dass sie besser dabei unterstützt werden,  
213 Erwerbsarbeit und Familie miteinander zu vereinbaren und ihre Kinder zu unterstützen. Allen  
214 voran bedeutet das für uns, **Kinderarmut** effektiv zu **bekämpfen**. Die Regelbedarfe für Kinder  
215 (und ihre Eltern) sollen so erhöht werden, dass sie deren Bedarf tatsächlich decken.

216 *VARIANTE 1: Kindergrundsicherung. Wir stehen für die Familienvielfalt und eine gerechte*  
217 *Familienförderung. Wir wollen die Benachteiligung von Alleinerziehenden und unverheirateten*  
218 *Paaren abschaffen und **Familien mit Kindern entlasten**. Alle Kinder sollen künftig Anspruch*  
219 *auf die gleiche materielle Förderung in Höhe des höchsten Regelsatzes für Jugendliche*  
220 *(derzeit 306 Euro) haben – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Eltern mit höheren Einkommen*  
221 *erhalten derzeit über die Kinderfreibeträge vom Staat eine höhere Unterstützung für ihr Kind*  
222 *als Eltern mit Anspruch auf Kindergeld. Durch die **Kindergrundsicherung** sollen Kindergeld,*  
223 *Kinderfreibeträge und Kinderregelsatz zu einer unbürokratischen Leistung zusammenfasst*  
224 *werden. Diese Reform gilt für alle Neu-Ehen, alle Alleinerziehenden und unverheirateten*  
225 *Paare. Die Kindergrundsicherung kombinieren wir mit der Reform des Ehegattensplittings.*  
226 *Bestehende Ehen erhalten eine Günstigerprüfung vom Finanzamt und können die für sie bessere*  
227 *Variante wählen: entweder das alte Ehegattensplitting inklusive Kinderfreibeträgen und*  
228 *Kindergeld oder die Individualbesteuerung mit neuer Kindergrundsicherung. So wird keine*  
229 *Familie schlechter, aber insbesondere **Familien mit kleinen und mittleren***  
230 ***Einkommendeutlichbesser gestellt**. Insbesondere Alleinerziehende profitieren von unserer*  
231 *Kindergrundsicherung.*

232 *VARIANTE 2: Jedes Kind ist uns gleich viel wert, ganz gleich, in welcher Familienform es*  
233 *aufwächst. Wir sorgen dafür, dass alle Kinder ein gesichertes Existenzminimum haben. **Wir***  
234 ***bekämpfen effektiv Kinderarmut**. Wir entlasten die Familien der Mittelschicht. Wir stärken*

235 Alleinerziehende. Wir erreichen dieses Ziel durch einen **einkommensabhängigen Bonus zum**  
236 **Kindergeld (KindergeldBonus)**, so dass im Ergebnis bei allen Kindern ihr Existenzminimum  
237 gedeckt ist. Aktuell hat der Bund diesen Mindestbedarf mit 384 Euro definiert. Wir bekämpfen  
238 Kinderarmut, indem Familien mit kleinem Einkommen den Bonus in voller Höhe erhalten. Das ist  
239 nicht nur eine eindeutige finanzielle Verbesserung, sondern auch unbürokratisch, da diese  
240 Hilfe direkt geleistet wird. Damit Eltern nicht wegen ihrer Kinder in den Hartz IV Bezug  
241 rutschen, gibt es bisher Hilfe nur auf Antrag. Diese Hürde nimmt heute aber nicht mal ein  
242 Drittel der Berechtigten. Der Rest lebt de facto unter dem Existenzminimum in verdeckter  
243 Armut. Damit ist in Zukunft Schluss. Wir bekämpfen Kinderarmut, indem wir zudem den  
244 Kinderregelsatz so erhöhen, dass er die Bedarfe von Kindern für ein gutes Aufwachsen  
245 wirklich deckt. **Wir entlasten Familien der Mittelschicht**, da der KindergeldBonus mit  
246 steigendem Einkommen nur schrittweise und geringfügig sinkt. Kinder zu haben darf kein  
247 Armutsrisiko mehr sein. Wir stärken Alleinerziehende, indem sie durch den KindergeldBonus  
248 eine gerechte Absicherung ohne zeitliche Begrenzung erhalten. Alleinerziehende, die keinen  
249 oder zu wenig Unterhalt für ihre Kinder erhalten, sind heute auf den Unterhaltsvorschuss  
250 angewiesen. Den gibt es aber nur maximal 6 Jahre und nur bis die Kinder 12 Jahre alt sind.  
251 Außerdem wird ihnen das Kindergeld voll abgezogen. All diese Ungerechtigkeiten werden durch  
252 den KindergeldBonus beendet. Mit diesem Einstieg in die grüne Kindergrundsicherung wird  
253 jedem Kind endlich sein Grundrecht auf eine würdige Existenz ermöglicht.

254 Der eigene, existenzsichernde Job ist immer noch die beste Absicherung gegen Armut. Häufig  
255 ist der Weg dorthin aber für Alleinerziehende und gering verdienende Eltern sehr schwierig.  
256 Deswegen sind sie in besonderem Maße auf verlässliche und gute Betreuungs- und  
257 Bildungsangebote für ihre Kinder angewiesen. Aus- und Weiterbildungen in Teilzeit können ein  
258 Weg für Alleinerziehende sein, wieder einen existenzsichernden Arbeitsplatz zu finden. Dabei  
259 muss gewährleistet sein, dass in diesen Phasen das Existenzminimum von Alleinerziehenden und  
260 ihren Kindern ohne großen bürokratischen Aufwand durch lückenlose Leistungen gesichert ist.  
261 **Wiedereinstieghilfen nach der Babypause** oder einer längeren Elternzeit wollen wir  
262 **verbessern**.

263 Daneben bleibt eine finanzielle staatliche Absicherung für den Fall notwendig, dass kein  
264 oder nur unvollständiger Kindesunterhalt geleistet wird. Wir wollen die Eltern nach einer  
265 Trennung aber nicht aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Es ist wichtig, dass  
266 die staatliche Unterstützung im Fall von ausbleibendem Kindesunterhalt vom  
267 unterhaltspflichtigen Elternteil wirksam zurückgefordert wird.

268 Wir wollen es zudem Familien erleichtern, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren.  
269 Zeitliche Engpässe ergeben sich nicht nur bei Familien mit Kleinkindern, sondern begleiten  
270 Familien und Alleinerziehende bis die Kinder auf eigenen Füßen stehen. Wir wollen für mehr  
271 Flexibilität und Entscheidungsspielräume sorgen, so dass Eltern und Alleinerziehende mit der  
272 KinderzeitPlus partnerschaftliche Anreize für die Kinderbetreuung erhalten.

## 273 **Wir wollen gute Arbeit und faire Löhne für alle**

274

275 Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die  
276 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat zugenommen und die Nachfrage nach  
277 Beschäftigten ist weiterhin hoch. Aber längst nicht alle Menschen wurden von dieser guten  
278 Entwicklung mitgenommen. Vor allem Arbeitsuchende und Langzeitarbeitslose haben kaum  
279 profitiert.

280 Auch andere Probleme am Arbeitsmarkt sind ungelöst. Ein Viertel der Beschäftigten sind in  
281 Deutschland atypisch beschäftigt, darunter fast dreimal so viele Frauen wie Männer. Das sind  
282 nahezu acht Millionen Menschen, die entweder in kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit,  
283 befristeter Beschäftigung oder in Minijobs arbeiten. Dazu kommen Scheinselbständige und

284 Abrufkräfte. Nicht alle diese Jobs sind problematisch. Allerdings zeigt sich, dass diese  
285 Beschäftigungsverhältnisse oft unsicher sind, schlecht entlohnt werden, zu Altersarmut  
286 führen und viel zu selten Brücken in auskömmliche, sichere Beschäftigung darstellen. Daneben  
287 stehen wir vor neuen Herausforderungen. Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Neue  
288 Arbeitsformen wie Cloud- oder Crowdfunding sind entstanden, unsere Arbeit wird insgesamt  
289 vernetzter und mobiler und flexibler. Diesen Prozess wollen wir gestalten. Wir wollen faire  
290 Arbeit schaffen, Selbständigkeit unterstützen, Zugänge und Teilhabe sichern, die sozialen  
291 Netze für die neuen Erwerbsbiografien fit machen und Rahmenbedingungen schaffen, die es  
292 Frauen und Männern ermöglichen, Arbeit und Familie besser und gleichberechtigter in Einklang  
293 zu bringen. Außerdem wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, so dass  
294 Unternehmen auch in Zukunft gute Arbeitsplätze schaffen können und setzten dabei  
295 insbesondere auf fairen Wettbewerb.

### 296 **Faire Löhne und sichere Beschäftigung**

297 Der allgemeine Mindestlohn ist ein Meilenstein, für den wir lange gekämpft haben. Von der  
298 Lohnuntergrenze sind Langzeitarbeitslose und Jugendliche allerdings immer noch  
299 ausgeschlossen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese diskriminierenden und ungerechten  
300 Ausnahmen abgeschafft werden.

301 Mit einem **Gesetz für mehr Entgeltgleichheit**, das Unternehmen, Tarifpartner und Staat in die  
302 Pflicht nimmt, wollen wir das ändern. Leiharbeit darf nicht länger dazu missbraucht werden,  
303 geltende Tarifverträge zu umgehen und Lohnkosten einzusparen. Deshalb fordern wir **für**  
304 **Leiharbeitskräfte ab dem ersten Tag die gleiche Bezahlung** wie für die Stammbeslegschaft plus  
305 eine Flexibilitätsprämie. Damit wird Leiharbeit auf ihre eigentliche Aufgabe – die  
306 Abfederung von Auftragsspitzen – zurückgeführt und dies ohne eine bürokratische  
307 Höchstüberlassungsdauer. Gleichzeitig muss Leiharbeit klar von echten Werk- oder  
308 Dienstverträgen abgegrenzt und Scheinselbstständigkeit mit nachvollziehbaren und  
309 rechtssicheren Kriterien wirkungsvoll unterbunden werden. Notwendig sind auch mehr  
310 Mitbestimmungsrechte für die Betriebsrätinnen und Betriebsräte, wenn Fremdpersonal in ihren  
311 Betrieben eingesetzt wird, denn zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen dürfen tariflich gut  
312 bezahlte Arbeit nicht ersetzen.

313 Viele befristet Beschäftigte können sich ihrer Vertragsverlängerung oder Entfristung nicht  
314 sicher sein und vor allem junge Menschen müssen zu oft mit einer befristeten Beschäftigung  
315 vorliebnehmen. So wird die Probezeit verlängert und der Kündigungsschutz umgangen. Darum  
316 wollen wir **Befristungen ohne sachlichen Grund abschaffen**.

317 Minijobs sind keine Brücke in reguläre Beschäftigung und haben sich vor allem für Frauen oft  
318 zur berufliche Sackgasse entwickelt. Wir wollen den Niedriglohnsektor reformieren, prekäre  
319 Beschäftigung zurückdrängen und **Minijobs durch sozialversicherungspflichtige**  
320 **Beschäftigungsverhältnisse ersetzen**.

321 In Deutschland gibt es nach wie vor einen geschlechtsspezifisch geteilten Arbeitsmarkt, in  
322 dem Tätigkeiten im Pflege-, Sorge- und Sozialbereich, schlechter bezahlt werden. Die  
323 **Aufwertung typischer Frauenberufe in diesem Care-Sektor** ist ein wichtiger Baustein hin zur  
324 Lohngleichheit. Auf der strukturellen Ebene bedeutet das eine deutlich bessere Entlohnung,  
325 Qualifizierung sowie bessere Arbeitsbedingungen, die die Selbstachtung der zu Versorgenden  
326 respektieren und die Selbstausbeutung der Beschäftigten vermeiden. Hierzu gehört auch, dass  
327 mehr Personal im Pflege- und Sorgebereich eingestellt wird. Wir fordern ein  
328 bundeseinheitliches, verbindliches Personalbemessungsinstrument und die gleichwertige  
329 Vergütung von Ausbildungen in diesen Berufen von Anfang an. Gut finanzierte Sorgearbeit  
330 sichert unsere Zukunft und macht das Land (geschlechter-)gerechter.

331 Erwerbsarbeit muss sich lohnen. Gerade kleine Einkommen sind aber überproportional von den  
332 Sozialabgaben betroffen. Damit besonders **Geringverdienende** mehr im Geldbeutel haben, wollen  
333 wir sie **bei den Sozialabgaben entlasten**, ohne damit Leistungseinschränkungen zu verbinden.  
334 Insgesamt wollen wir Steuern, Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abstimmen, dass  
335 sich Erwerbsarbeit immer rechnet.

### 336 ***Mehr Selbstbestimmung, damit Arbeit gut ins Leben passt***

337 Bisher haben vor allem die Arbeitgeber Ansprüche an die Flexibilität ihrer Beschäftigten  
338 gestellt. Jetzt aber fordern die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität, um Erwerbsarbeit und  
339 Privatleben besser unter einen Hut zu bekommen. Dafür brauchen sie mehr Mitspracherechte  
340 über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit. Durch **Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40**  
341 **Wochenstunden** wollen wir Vollzeit neu definieren und zu einem flexiblen Arbeitszeitkorridor  
342 umgestalten. Auch Betriebsräte sollen mehr Möglichkeiten erhalten, Betriebsvereinbarungen zu  
343 Vereinbarkeitsfragen und für mehr Zeitsouveränität zu verhandeln. Damit können Frauen  
344 leichter als bisher ihre Beschäftigung ausweiten und Männer in Teilzeit gehen, ohne  
345 Karriereeinschnitte und andere Nachteile fürchten zu müssen. Auch das **Rückkehrrecht auf**  
346 **Vollzeit** muss endlich kommen, und das Arbeiten im Home-Office als Ergänzung zum Arbeitsplatz  
347 soll leichter werden. Arbeitszeitreduzierungen wegen Kindererziehung (KinderZeitPlus), der  
348 Pflege von Angehörigen (PflegeZeitPlus) und für eine Weiterbildung (BildungsZeitPlus) wollen  
349 wir finanziell unterstützen.

### 350 ***Gesunde Arbeitsplätze fördern, Mitbestimmung stärken***

351 Gut ist Arbeit nur dann, wenn sie nicht krank macht. Zu einer neuen Arbeitszeitkultur gehört  
352 ein wirksamer Schutz vor Stress, Mobbing, psychischen Belastungen und Entgrenzung der  
353 Arbeit. Zeitsouveränität darf nicht zu unbezahlter Mehrarbeit und Burnout führen. Dafür  
354 braucht es einen modernen Arbeitsschutz und eine wirksame betriebliche Mitbestimmung, um  
355 **gesunde Arbeitsbedingungen** zu schaffen. Vor dem Hintergrund einer verlängerten  
356 Lebensarbeitszeit sowie des wachsenden Fachkräftebedarfs setzen wir und dafür ein,  
357 Arbeitsplätze alters- und altersgerecht auszugestalten.

358 Entscheidend für gerechte Arbeitswelt sind ein funktionierendes Tarifvertragssystem und eine  
359 wirkungsvolle Mitbestimmung. Sie ermöglichen faire Vereinbarungen zwischen  
360 Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, zwischen dem Management und Beschäftigten –  
361 passgenau je nach Branche, Region oder Betrieb. Deshalb wollen wir die Sozialpartnerschaft  
362 und die **Mitbestimmung** wieder **stärken** und zukunftsfest machen. Die Lücken in der  
363 Unternehmensmitbestimmung sollen geschlossen und die Gründung von Betriebsräten einfacher  
364 werden. Mitbestimmung darf nicht durch Unternehmensverlagerungen oder -aufspaltungen  
365 umgangen und in den Betrieben verhindert werden. Die Schwelle für die paritätische  
366 Unternehmensmitbestimmung im Aufsichtsrat wollen wir von heute 2.000 auf 1.000 absenken. Die  
367 Europäisierung der betrieblichen- und der Unternehmensmitbestimmung, zum Beispiel durch  
368 europäische Betriebsräte, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er muss konsequent  
369 weitergegangen werden. Weil die Arbeitswelt digitaler wird, wollen wir auch das  
370 Betriebsverfassungsgesetz fit machen für die Zukunft und an die Digitalisierung anpassen. So  
371 erhalten Betriebs- und Personalräte Mitbestimmungsrecht über die Menge der Arbeit bzw. über  
372 Zielvorgaben, wenn durch Vertrauensarbeitszeit die Arbeit entgrenzt wird und Mehrarbeit  
373 entsteht.

### 374 ***Neue Arbeitsversicherung***

375 Die Arbeitswelt und die Erwerbsbiografien werden nicht zuletzt durch die Digitalisierung  
376 immer bunter. Mit diesen Veränderungen hat die Arbeitslosenversicherung nicht Schritt  
377 gehalten. Sie orientiert sich nach wie vor am Normalarbeitsverhältnis. Das führt u.a. dazu,  
378 dass fast jeder vierte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der seine Arbeit verliert,



379 trotz Beitragszahlungen sofort in das Hartz-IV-System fällt. Das wollen wir ändern: Wer  
380 Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, der muss einen angemessenen Anspruch auf  
381 Arbeitslosengeld erhalten.

382 Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so weiterentwickeln, dass **alle Erwerbstätigen gut**  
383 **abgesichert sind** – ganz gleich, ob sie abhängig beschäftigt oder selbstständig sind, ob sie  
384 auf Zeit, in Projekten oder an mehreren Stellen gleichzeitig arbeiten. Gerade wer flexibel  
385 arbeitet oder ein Unternehmen aufbaut, braucht einen verlässlichen Schutz

386 Neben den Arbeitsformen wandeln sich auch die Arbeitsinhalte immer rascher. Deswegen wird  
387 die **kontinuierliche berufliche Weiterbildung** beständig wichtiger. Hieraus ergeben sich auch  
388 neue Aufgaben für Arbeitsagenturen und Jobcenter. Sie sollen Beschäftigte nicht erst im  
389 „Versicherungsfall Arbeitslosigkeit“ unterstützen, sondern bereits vorbeugend qualifizieren,  
390 um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

391 Wir wollen die heutige Arbeitslosenversicherung und die Grundsicherung perspektivisch zu  
392 einer umfassenden Arbeitsversicherung umbauen, die für Beschäftigte und Selbständige da ist.  
393 Sie soll Schutz bieten, beim Wiedereinstieg in Arbeit helfen und präventiv zur Vermeidung  
394 von Arbeitslosigkeit beitragen.

### 395 ***Sicherheit in der Selbständigkeit***

396 Für immer mehr Menschen ist die Selbständigkeit eine Option – auf Dauer, vorübergehend oder  
397 neben einer abhängigen Beschäftigung. Um die notwendige soziale und ökologische  
398 Modernisierung zu meistern, brauchen wir auch die innovative Kraft von Gründerinnen und  
399 Gründern. Wir wollen darum alle, die den mutigen Schritt in die Selbständigkeit wagen,  
400 dabei unterstützen, sich besser und einfacher abzusichern.

401 Gesetzlich versicherte **Selbständige** wollen wir **bei den Kranken- und**  
402 **Pflegeversicherungsbeiträgen** mit geringeren Mindestbeiträgen **entlasten**. Die freiwillige  
403 **Arbeitslosenversicherung** für Selbständige soll wieder **erschwinglicher** werden, für alle  
404 Selbständigen geöffnet und gerechter ausgestaltet werden. Wahltarife sollen dabei mehr  
405 Flexibilität für Selbständige ermöglichen. Außerdem wollen wir alle nicht anderweitig  
406 abgesicherten Selbständigen in die gesetzliche Rente einbeziehen und ihnen eine größere  
407 Beitragsflexibilität als heute ermöglichen, etwa durch ein Vorauszahlen von Beiträgen in  
408 guten und ein Nachzahlen in schlechten Zeiten. Wir stehen ohne Wenn und Aber zur  
409 Künstlersozialkasse.

410 Nicht nur die digitale Arbeitswelt braucht eine klare Definition von Selbständigkeit. Immer  
411 mehr Menschen arbeiten heute formal selbständig, aber ähnlich wie Angestellte auf Basis von  
412 Dienst- oder Werkverträgen. Die einen genießen die damit verbundenen Freiheiten. In manchen  
413 Fällen handelt es sich aber schlicht um Scheinselbständigkeit. Notwendig sind deshalb klare  
414 - an eine moderne Arbeitswelt angepasste - Kriterien, die gezielt Scheinselbständigkeit  
415 verhindern, aber die echten Selbständigen in ihrer Tätigkeit nicht behindern. So kann mehr  
416 Sicherheit für die Selbständigen und die Unternehmen entstehen und die Zahl der  
417 Statusfeststellungsverfahren deutlich reduziert werden.

418 Dumpinghonorare dürfen in der modernen digitalen Arbeitswelt keinen Platz haben.  
419 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind gleichermaßen gefordert,  
420 Mindestarbeitsbedingungen und Honorare für Selbständige in ihre Tarifabschlüsse  
421 einzubeziehen. Analog zu Mindestlöhnen, die nur abhängig Beschäftigten zustehen, wollen wir  
422 auch **branchenspezifische Mindesthonorare ermöglichen**. Darüber hinaus wollen wir prüfen,  
423 inwieweit ein Mindestlohn auf Selbständige übertragbar ist, zum Beispiel durch ein  
424 Mindesthonorar für bestimmte Dienstleistungen. Auch für Online-Plattformen braucht es Regeln  
425 für ein faires Miteinander durch bessere AGBs und durch eine Art Interessensvertretung für

426 die Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer. Der Beschäftigtendatenschutz muss auch für  
427 selbständig Erwerbstätige gelten, die für Unternehmen und in der Crowd arbeiten.

### 428 **Zugänge schaffen**

429 Trotz Beschäftigungsbooms ist die Zahl der Arbeitslosen weiterhin hoch. Gerade  
430 Langzeitarbeitslose finden wegen eines fehlenden Berufsabschlusses keine neue Stelle. Wir  
431 wollen Jobcenter und Agenturen so ausstatten, dass alle Arbeitslosen optimal betreut und  
432 zusammen mit ihnen passgenaue Strategien entwickelt werden können, um die Arbeitslosigkeit  
433 nachhaltig zu beenden. Dazu gehören vor allem Qualifizierungen, Sprachförderung,  
434 Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. So gelingen Zugänge in Arbeit - auch für Menschen  
435 mit Behinderungen, Migranten und andere auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen.

436 Teilhabe ist für viele untrennbar mit Erwerbsarbeit verbunden. Es gibt aber Arbeitslose, die  
437 absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Sie brauchen einen verlässlichen  
438 Sozialen Arbeitsmarkt. Wir wollen **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren**, damit auch  
439 Arbeitslose mit besonders schwerwiegenden Problemen wieder Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen  
440 – schrittweise und nachhaltig.

441 Der Zugang von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt ist eine elementare Voraussetzung für eine  
442 erfolgreiche Integration. Darum müssen wir die verbliebenen Hürden zügig abbauen und  
443 Geflüchtete so früh wie möglich in Ausbildung und Arbeit bringen. Alle Asylsuchenden sollen  
444 sofort nach ihrer Ankunft damit beginnen können Deutsch zu lernen und so früh wie möglich  
445 einen Anspruch auf Teilnahme an den Integrationskursen bekommen. Diesen Teilnahmeanspruch  
446 müssen auch Geduldete unabhängig vom Duldungsgrund erhalten.

### 447 **Wir kämpfen für eine armutsfeste Grundsicherung**

448  
449 Wir setzen uns für eine Grundsicherung ein, die das soziokulturelle Existenzminimum für  
450 alle gewährleistet, damit niemand zurückgelassen wird. Eine Gesellschaft, die zusammenhalten  
451 soll, muss zu aller erst darauf achten, dass denjenigen geholfen wird, die sich nicht selbst  
452 helfen können. Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für gesellschaftliches Engagement.  
453 Sie ist die Basis dafür, dass sich Menschen einmischen wollen und können.

454 Der **ALG-II-Regelsatz** muss auf einer neuen Grundlage berechnet und **erhöht werden**, so dass man  
455 menschenwürdig davon leben kann. Für Kinder und Jugendliche gilt, dass die Regelbedarfe so  
456 anzusetzen sind, dass sie den tatsächlichen Bedarf decken, auch den zur Teilhabe an Bildung  
457 und Kultur. Erforderlich ist auch eine einfache Lösung zur Deckung der Bedarfe von Kindern,  
458 die zwischen den Haushalten ihrer getrennt lebenden Eltern wechseln.

459 Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt vor allem Frauen und zementiert ihre  
460 finanzielle Abhängigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsicherung zu einer  
461 individuellen Leistung weiterentwickelt wird, indem die Einkommensanrechnung von  
462 Partnerinnen und Partnern in Paarhaushalten bei der Grundsicherung wie bei der Sozialhilfe  
463 erfolgt.

464 Die **Sanktionen** wollen wir bis zu ihrer umfassenden Evaluierung und der Stärkung der Rechte  
465 der Arbeitsuchenden **aussetzen**. Die Sonderregeln bei den Sanktionen für unter 25-Jährige  
466 wollen wir gänzlich abschaffen, sowie die Kosten der Unterkunft und Heizung immer von  
467 Sanktionen ausnehmen. Grundsätzlich müssen die Sanktionen so ausgestaltet werden, dass der  
468 Grundbedarf unangetastet bleibt.

469 Wir wollen, dass das Grundrecht auf Existenzsicherung zuverlässiger wahrgenommen werden  
470 kann. Es muss zudem verständlicher werden, auf welche Leistungen Personen in welcher  
471 Situation Anspruch haben. Die Jobcenter müssen sich auf jene Bürgerinnen und Bürger

472 konzentrieren können, die tatsächlich die Beratung und Unterstützung benötigen. Dafür wollen  
473 wir die **Jobcenter von unnötiger Bürokratie befreien**.

474 Wir wollen verhindern, dass Menschen allein deshalb bedürftig werden, weil sie Kinder haben,  
475 sich ihre Wohnung nicht leisten können oder das BAföG nicht reicht. Deshalb stärken wir die  
476 materielle Absicherung außerhalb der Grundsicherung, indem wir die materielle Absicherung  
477 von Kindern, das Wohngeld, das BAföG und die Berufsausbildungshilfe verbessern.

## 478 **Wir stärken unsere Kommunen und investieren in unsere** 479 **Infrastruktur**

480

481 Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass jede und jeder die gleiche Freiheit hat, etwas  
482 erreichen zu können – unabhängig davon, wo die Menschen in Deutschland wohnen. Doch diese  
483 Freiheit lebt von Voraussetzungen. Dazu gehört allem voran der **Zugang zu guten öffentlichen**  
484 **Einrichtungen**. Gerade wer benachteiligt und arm ist, ist in besonderem Maße auf den Zugang  
485 zu guten Kitas, Schulen, Bibliotheken, Jobcentern, Gesundheitsversorgung und einem  
486 funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr angewiesen.

487 Doch unsere Städte und Gemeinden sind sehr verschieden. Steuereinnahmen, Museen und Theater,  
488 sanierte Schulen und intakte Quartiere sorgen in vielen Orten für eine hohe Lebensqualität.  
489 Marode Turnhallen, geschlossene Büchereien, schimmelige Schwimmbäder und Mangelverwaltung  
490 konzentrieren sich in anderen. Der im Grundgesetz verankerte Grundsatz der Gleichwertigkeit  
491 der Lebensverhältnisse kann im direkten Vergleich zwischen ausgewählten Regionen in Zweifel  
492 gezogen werden. Hier wollen wir gegensteuern und **Kommunen stärken**. Unser Anspruch ist, dass  
493 Städte und Gemeinden vor Ort die Lebensbedingungen aktiv gestalten können. Auch die aktuelle  
494 Herausforderung der Integration von Geflüchteten verdeutlicht, dass wir die Orte stärken  
495 müssen, wo Integration gelingen soll – vor Ort in unseren Städten und Gemeinden.

496 Deshalb wollen wir, dass unseren Städte und Gemeinden nicht weiter mit immer neuen Aufgaben  
497 belastet werden, ohne dass dafür das notwendige Geld zur Verfügung gestellt wird. Wir  
498 wollen, dass der Bund sich stärker bei den sozialen Pflichtaufgaben engagiert. Spürbare  
499 Entlastungen von Sozialausgaben erleichtern gerade struktur- und finanzschwachen Kommunen  
500 das tägliche Handeln. Die Einnahmen der Kommunen wollen wir mit der Weiterentwicklung der  
501 Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher machen.

502 Finanzschwache Kommunen investieren bis zu einem Drittel weniger und es fällt ihnen  
503 schwerer, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten. Der kommunale Investitionsstau im  
504 dreistelligen Milliardenbereich konzentriert sich auf die finanziell Gebeutelten. Wir wollen  
505 deshalb einen **Investitionspaket für die Zukunft** auf den Weg bringen, der die Auflösung des  
506 Investitionsstaus, Gerechtigkeit und Ökologie zusammen denkt. Zusätzliche öffentliche  
507 Aufträge für unsere Wirtschaft schaffen neue Arbeitsplätze und führen zusammen mit mehr  
508 sozialer Teilhabe zu mehr Wohlstand und Lebensqualität. Auch für unsere Kinder, denen wir  
509 eine gute Infrastruktur hinterlassen wollen.

510 Mit einem fünfjährigen **Schulsanierungsprogramm in Höhe von zehn Milliarden Euro** wollen wir  
511 den Investitionsstau in den Kommunen lösen und vor allem unsere Bildungsinfrastruktur  
512 verbessern. Mit dem **Grünen Wärmepaket** fördern wir mit sieben Milliarden Euro jährlich die  
513 Umstellung auf klimafreundliche Wärme. **Wir investieren in nachhaltige öffentliche Mobilität:**  
514 Auf dem Land gewährleistet ein regelmäßiger Bus- und Bahnverkehr die Teilhabe am  
515 öffentlichen Leben, in den Städten finanzieren wir sichere Radwege und einen zuverlässigen  
516 Nahverkehr.

517 Wir wollen den Solidaritätszuschlag ab 2019 neu ausrichten. Ziel muss sein, **finanzschwache**  
518 **Länder und Regionen zu unterstützen** – und zwar unabhängig von Himmelsrichtungen. Damit soll  
519 der maroden Infrastruktur, sowie den hohen Schuldenständen und Zinslasten zahlreicher

520 Kommunen nachhaltig entgegengewirkt werden. Wir wollen dadurch auch eine nachhaltige Lösung  
521 für bestehende kommunale Altschulden gewährleisten und ermöglichen so hochverschuldeten  
522 Städten einen Neustart.

## 523 **Wir schaffen bezahlbare Wohnungen**

524  
525 Unsere Wohnungen dürfen keine reinen Spekulationsobjekte sein. Sie sind unsere Heimat.  
526 Bezahlbares Wohnen ist heute in vielen Städten zu einer der großen sozialen Herausforderung  
527 geworden, vor allem für Geringverdiener\*innen, Familien, Alleinerziehende oder Menschen mit  
528 geringer Rente. Immer mehr Menschen benötigen staatliche Unterstützung, um sich ihre Wohnung  
529 überhaupt leisten zu können. Andere werden ganz aus ihrem vertrauten Umfeld vertrieben. Es  
530 gibt zu wenig bezahlbaren und günstigen Wohnungen. Investoren aber schauen auf eine  
531 möglichst hohe Rendite, günstigen Wohnungen jedoch schaffen sie kaum. In den letzten zehn  
532 Jahren haben wir über eine Million Sozialwohnungen an den freien Markt verloren, während der  
533 Bedarf stetig steigt. Immer mehr Finanzinvestoren kontrollieren den Wohnraum in unseren  
534 Städten und setzen ihre Macht gegen die Interessen der Mieter ein.

535 Wir Grüne begreifen Wohnen als Teil der Daseinsvorsorge und wollen den Negativ-Trend  
536 umkehren. Dafür wollen wir binnen zehn Jahren **eine Million dauerhaft günstige Wohnungen**  
537 schaffen. Deshalb muss der Bund zurück in die Verantwortung – mit der Wiedereinführung der  
538 Wohnungsgemeinnützigkeit. Diese bietet Vorteile und Unterstützung für private Investoren,  
539 kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, die günstigen Wohnraum schaffen. Im  
540 Gegenzug verpflichten sie sich dazu, diesen günstigen Wohnraum dauerhaft zu erhalten.  
541 Zusätzlich fordern wir, die Mittel des Bundes für die Wohnraumförderung der Länder auf  
542 mindestens zwei Milliarden Euro zu erhöhen.

543 Die **Mietpreisbremse** müssen wir **scharf stellen**, indem wir die vielen Ausnahmen streichen.  
544 Denn die Mini-Mietpreisbremse der großen Koalition hat an explodierenden Mieten in  
545 Großstädten nichts geändert. Sie ist lückenhaft und bietet keinen ausreichenden Schutz für  
546 Mieterinnen und Mieter. Das Mietrecht, gedacht als Ausgleichsinstrument zwischen  
547 Mieter\*innen und Vermieter, hat seine Balance verloren. Deshalb bedarf es Änderungen, die  
548 Mieterhöhungen begrenzen, den unverschuldeten Verlust der Wohnung verhindern und die  
549 Mietpreisbremse zu einem robusten Schutzinstrument weiterentwickeln. Der Bund darf sich  
550 nicht länger als Immobilienspekulant betätigen, sondern soll Liegenschaften vergünstigt  
551 abgeben, wenn das städtebaulich oder wohnungspolitisch erforderlich ist.

552 Wir denken als Einzige energetische Sanierungen und soziale Fragen zusammen. Durch eine  
553 energetische Sanierung können die Heizkosten spürbar gesenkt werden, denn ein unsanierter  
554 70er-Jahre Bau verbraucht bis zum Dreifachen von einem Haus mit einem guten energetischen  
555 Standard. Doch längst hat der Stillstand in der Wärmepolitik auch soziale Folgen und die  
556 warme Wohnung wird für viele Menschen unbezahlbar.

557 Um die Umstellung auf klimafreundliche Wärme zu fördern, legen wir ein ambitioniertes  
558 Investitionsprogramm auf. Ein großer Teil davon geht in die warmmietenneutrale energetische  
559 Modernisierung von Wohnungen in Vierteln, in denen viele Menschen mit kleinen Einkommen  
560 wohnen. Außerdem unterstützen wir durch dieses **Grüne Wärmepaket** weitere Energiesparmaßnahmen  
561 und den Einsatz von erneuerbarer Wärme. So schaffen wir faire Wärme und gute Jobs.

562 Energetische Modernisierungen müssen sozialverträglich erfolgen. Mieterinnen und Mieter  
563 dürfen nicht durch Luxussanierungen verdrängt werden. Deshalb wollen wir die sogenannte  
564 **Modernisierungsumlage**, die es Vermietern erlaubt, die Kosten einer Sanierung auf ewig auf  
565 die Mieter umzulegen, deutlich **kappen**. So wird vermieden, dass energetische Sanierungen als  
566 Preistreiber missbraucht werden können.

567 Das Wohngeld wollen wir als ein der Grundsicherung und Sozialhilfe vorgelagertes System  
568 stärken. Zudem wollen wir es um ein **Klimawohngeld** ergänzen, das Mieter\*innen zusätzlich  
569 unterstützt, die in klimafreundlichen Häusern wohnen. Außerdem fordern wir seit Jahren eine  
570 **automatische Anpassung des Wohngeldes**, das sich an der Preissteigerung orientiert. Wir  
571 prüfen die Möglichkeit, den Vermögensaufbau, Wohnungseigentum und die Altersvorsorge von  
572 Menschen mit wenig Einkommen durch Teilhabe an Genossenschaften oder Bauvereinen zu  
573 unterstützen.

574 Wir wollen, dass große Wohnungsgesellschaften und Investoren nicht länger die  
575 Grunderwerbsteuer umgehen können, während der Käufer eines Eigenheims diese voll bezahlen  
576 muss. Deshalb schaffen wir die steuerliche Privilegierung von Share Deals in ihrer  
577 bisherigen Form ab.

## 578 **Wir setzen auf das Prinzip Bürgerversicherung**

579  
580 Wir GRÜNE wollen die sozialen Sicherungssysteme verlässlich, solidarisch und gerecht  
581 gestalten. Die Basis der sozialen Absicherung ist eine starke Sozialversicherung, die allen  
582 Bürgerinnen und Bürgern nach den gleichen Regeln Schutz garantiert. Gegenwärtig ist die  
583 soziale Absicherung in Deutschland in mehrere Einzelsysteme zergliedert. Im Ergebnis sind  
584 viele Menschen im Alter nicht so abgesichert oder werden im Krankheitsfall nicht so  
585 versorgt, wie es notwendig ist. Während in der Krankenversicherung eine Zweiklassenmedizin  
586 herrscht, existieren in der Altersversorgung gleich mehrere Systeme mit ganz  
587 unterschiedlichen Versorgungsniveaus parallel nebeneinander.

588 Beiträge zu den Sozialversicherungen fallen heutzutage fast ausschließlich auf Löhne,  
589 Gehälter, Renten und Arbeitslosengeld an. Einkunftsarten wie Aktiengewinne und  
590 Kapitalerträge, die eine zunehmende Bedeutung haben, werden hingegen nicht berücksichtigt.  
591 Dadurch müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner aber auch  
592 Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld eine immer größer werdende Last alleine  
593 stemmen.

594 Mit dem Prinzip der Grünen Bürgerversicherung wollen wir die bestehenden Ungerechtigkeiten  
595 bei der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung beenden. Die Idee der Bürgerversicherung  
596 beinhaltet, dass alle Bürgerinnen und Bürger unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten  
597 in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden. So sind sie gut abgesichert und  
598 versorgt und können sich entsprechend ihres Einkommens an der Finanzierung beteiligen. Diese  
599 breitere Basis führt dazu, dass auch die künftigen Generationen bezahlbare Beiträge und eine  
600 gute Leistungen erwarten können. Das Prinzip der Bürgerversicherung ist somit nicht nur ein  
601 Beitrag für Gerechtigkeit und Solidarität, sondern auch eine entscheidende Antwort auf die  
602 Frage der stabilen und verlässlichen Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme.

## 603 **Wir schaffen die Zwei-Klassen-Medizin ab**

604  
605 Wir wollen Klasse Medizin für alle, so dass alle Versicherten die Versorgung bekommen, die  
606 ihnen hilft. In einigen Regionen wird es bereits schwer, überhaupt einen Arzt oder eine  
607 Ärztin zu finden, weil manche sich auf Grund eines ungerechten Systems eher dort  
608 niederlassen, wo viele privat Versicherte leben. Auch schultern die Versicherten die  
609 Kostensteigerungen im Gesundheitswesen über den Zusatzbeitrag derzeit alleine. Doch auch  
610 Privatversicherte sind nicht immer besser dran. Alte und kranke Menschen zahlen hier mehr  
611 als Junge und Gesunde. Kinder sind nicht automatisch mitversichert und gering Verdienende  
612 zahlen genauso viel wie Versicherte mit hohem Einkommen. Die Konsequenz: Gerade für privat  
613 Versicherte mit geringem Einkommen wie Rentnerinnen und Rentner oder Soloselbständige wird  
614 ihre Versicherung zur Last. Wer sich die steigenden Beiträge nicht mehr leisten kann, muss

615 eine schlechtere Versorgung oder höhere Eigenbeteiligungen in Kauf nehmen. Versicherten der  
616 privaten Krankenkassen werden häufig Behandlungen angedreht, die für sie gar keinen Nutzen  
617 haben oder ihnen sogar schaden können. Dazu kommen die mangelnden Wechselmöglichkeiten.  
618 Privatversicherte sind in der Regel wegen der Altersrückstellungen an ihre Kasse gebunden.  
619 Kurzum: Die Zwei-Klassen Medizin trifft viele Menschen – gleich ob privat oder gesetzlich  
620 versichert.

621 Wir wollen die gesetzliche und private **Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung**  
622 **weiterentwickeln**. Die Stärken der heutigen Krankenversicherung werden bewahrt, ihre  
623 Schwächen beseitigt. In der Bürgerversicherung stehen Starke für Schwächere ein, Gesunde für  
624 weniger Gesunde und Junge für Alte – diese wichtigen Prinzipien wollen wir festigen. Mit der  
625 Bürgerversicherung stärken wir den Zusammenhalt in unserem Land.

626 Wir wollen die ungerechten **Zusatzbeiträge** so schnell wie möglich **abschaffen** und die  
627 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wieder zur Hälfte an den Krankenversicherungsbeiträgen  
628 beteiligen. Bei den Arzthonoraren soll nicht mehr zwischen gesetzlichen und privaten  
629 Versicherten unterschieden werden. Zuzahlungen für Medikamente und andere  
630 Selbstbeteiligungen wollen wir abschaffen. Im Wartezimmer wird so es keine Rolle mehr  
631 spielen, wo die Patientinnen und Patienten versichert sind. Termine werden dann nach der  
632 Notwendigkeit und nicht nach dem Geldbeutel vergeben, so dass gute Qualität für alle da ist.  
633 Nicht „Viel hilft viel“, sondern Qualität, die bei den Patientinnen und Patienten ankommt,  
634 soll der Maßstab guter Versorgung werden.

635 Die Gesundheits-Bürgerversicherung gibt den Versicherten **bessere Wahlmöglichkeiten** und ist  
636 ein treuer Begleiter für das ganze Leben. Sie passt sich den unterschiedlichen Lebensphasen  
637 ihrer Versicherten an. Niemand muss bei Krankheit oder im Alter unbezahlbare Beiträge und  
638 eine schlechtere Versorgung befürchten. Ist beispielsweise das Gehalt oder der Gewinn bei  
639 Selbständigen nicht so hoch, fallen geringere Beiträge an. Werden Kinder geboren, sind diese  
640 automatisch mitversichert. Ohne zusätzliche Beiträge. Und wenn etwa auf Grund zu pflegender  
641 Angehöriger oder wegen der Kinder Ehe- oder Lebenspartner zu Hause bleiben, sind diese  
642 ebenfalls kostenfrei mitversichert. Zwischen den Kassen gibt es Wettbewerb vor allem um die  
643 beste Qualität. Stimmen Qualität und Service nicht mehr oder ist der Beitrag zu hoch können  
644 Versicherte die Kasse einfach wechseln.

645 Wir setzen uns dafür ein, die **Gesundheitsversorgung stärker vor Ort** zu verankern, so dass  
646 auch die Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss auf die Ausgestaltung erhalten. Die  
647 Bedürfnisse der Menschen werden so besser erkannt und es wird klar, wo Gesundheit mehr  
648 gefördert oder die Versorgung verbessert werden kann. Mit einem größeren Einfluss der  
649 Kommunen und Regionen bei der Gesundheitsversorgung sehen wir die Chance, diesen Sektor  
650 übergreifend zu organisieren und etwa Hürden zwischen ambulanten Einrichtungen und  
651 Krankenhäusern zu überwinden. So erreichen wir, dass die Bedürfnisse der Patientinnen und  
652 Patienten und ihre Gesundheit zum bestimmenden Maßstab werden und aus der reinen  
653 Krankenversorgung eine echte Gesundheitsversorgung wird.

## 654 **Wir wollen, dass die Pflege menschlich bleibt**

655  
656 Die Zahl der Menschen wächst, die Unterstützung und Pflege brauchen. Prognosen gehen davon  
657 aus, dass sich die Zahl pflegebedürftiger Menschen bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln  
658 könnte. Gleichzeitig sinkt die Zahl potenzieller Pflegepersonen. Auf diese Entwicklung zu  
659 reagieren ist nach unserer Auffassung keine private, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe.  
660 Im Mittelpunkt Grüner Pflegepolitik stehen dabei die Bedürfnisse der zu pflegenden Menschen.

661 Pflegende haben mehr Wertschätzung und Unterstützung verdient. Wir wollen, dass  
662 **Pfleger\*innen besser bezahlt** werden. Ein junger und frischer Ausbildungsberuf muss

663 entstehen, der es attraktiv macht, sich für die Pflege zu entscheiden. Denn die stark älter  
664 werdende Gesellschaft verändert die Ansprüche, die eine professionelle Pflegekraft erfüllen  
665 muss. Mit unserem Modell eines integrativ gestuften Ausbildungssystems bleibt der hohe Grad  
666 an Fachlichkeit und Expertenwissen in den drei Pflegeberufen Kranken-, Alten- und  
667 Kinderkrankenpflege erhalten.

668 Wir wollen Menschen besser unterstützen, die ihre Verwandten oder Freunde pflegen. Mit der  
669 Grünen **PflegezeitPlus** ermöglichen wir eine bis zu **dreimonatige Freistellung mit**  
670 **Lohnersatzleistung** für alle Menschen, die Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige,  
671 Nachbarn oder Freund\*innen übernehmen. Denn Familie ist da, wo Verantwortung übernommen  
672 wird, auch im Alter.

673 Mit unserem **Quartierskonzept** ermöglichen wir Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf  
674 ein **selbstbestimmtes Leben im vertrauten Umfeld**. Ein zentraler Baustein des Konzeptes ist  
675 es, Formen gegenseitiger Unterstützung wie bürgerschaftliches Engagement und  
676 Nachbarschaftshilfe mit professionellen Gesundheits- und Präventionsangeboten sinnvoll zu  
677 kombinieren. Außerdem geht es darum, das Wohnumfeld generationengerecht zu gestalten und die  
678 Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern des alltäglichen Bedarfs auch für Menschen mit  
679 Pflegebedarf sicher zu stellen. Damit liefern wir einen Gegenentwurf zu großen Heimanlagen,  
680 Vereinzelung, Entfremdung, zuweilen auch Verödung des Wohnumfeldes.

681 Die Pflegeversicherung wollen wir auf eine solide finanzielle Grundlage stellen und sie  
682 ebenso wie die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung umwandeln. Die **Pflege-**  
683 **Bürgerversicherung** ist solidarisch und gerecht und hält die Beitragsentwicklung bis weit in  
684 die Zukunft überschaubar.

## 685 **Wir bauen Barrieren für Menschen mit Behinderungen ab**

686  
687 Wir GRÜNEN möchten unsere Gesellschaft zu einer inklusiven Gesellschaft weiter entwickeln,  
688 so dass auch Menschen mit Beeinträchtigung selbstbestimmt leben können. Menschen mit und  
689 ohne Behinderung sollen gleichermaßen teilhaben können, am Arbeitsmarkt wie im Quartier, in  
690 der Schule wie in der Freizeit. Das ist für uns eine zentrale Frage der Gerechtigkeit.

691 Menschen sind nicht behindert, sie werden behindert durch Barrieren und Einschränkungen, die  
692 wir als Gesellschaft aufbauen und entstehen lassen. Das reicht vom fehlenden Aufzug im Kino  
693 bis hin zu großen Schwierigkeiten, einen Job zu finden. Vielen Menschen mit Behinderung wird  
694 ein selbstbestimmtes Leben auch im Umgang mit dem Staat schwer gemacht, wenn sie  
695 beispielsweise mit Ämtern um Leistungen kämpfen müssen oder von einer Stelle zur nächsten  
696 verwiesen werden, wenn sich niemand zuständig fühlt. Wer Pech hat, kann vom Amt sogar  
697 aufgefordert werden, die eigene Wohnung zu verlassen und in ein Heim zu ziehen, weil das  
698 billiger ist - ein eklatanter Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention.

699 Mit der Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet,  
700 Barrieren abzubauen und dafür zu sorgen, dass Menschen mit Behinderungen ihre Menschenrechte  
701 auch wahrnehmen können. An folgenden Punkten braucht es dafür Veränderungen.

702 Wir wollen den **Mehrkostenvorbehalt abschaffen** und die Rahmenbedingungen für den Ausbau des  
703 selbständigen Wohnens mit Assistenz sowie des Betreuten Wohnens weiter verbessern, auch für  
704 Menschen mit umfassendem Unterstützungsbedarf. Der Mehrkostenvorbehalt führt nach wie vor  
705 dazu, dass vielerorts die Behörden über Wohnen und Lebensform der Menschen entscheiden.  
706 Menschen mit Behinderung sollen selbst über ihre Wohn- und Lebensform entscheiden können.

707 **Integrationsunternehmen** als echte Alternative zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung  
708 sollen ausgebaut und das „Budget für Arbeit“ für weit mehr Menschen als bisher geöffnet  
709 werden. Wer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und nicht in einer Werkstatt für behinderte

710 Menschen arbeiten möchte, muss die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Durch die  
711 Schaffung von weiteren **inkluisiven Ausbildungsstätten** möchten wir den Start ins Berufsleben  
712 für Menschen mit Behinderung erleichtern.

713 Wir wollen Menschen unabhängig von ihrem Alter und ihren Fähigkeiten stärken und setzen uns  
714 daher dafür ein, dass Teilhabeleistungen unabhängig vom Alter erbracht werden.  
715 Behinderungsbedingte Leistungen sollen ohne Anrechnung von Einkommen und Vermögen erfolgen.

## 716 **Wir wollen eine nachhaltige und gerechte** 717 **Alterssicherung für alle**

718  
719 Das System der Altersvorsorge ist im Wandel. Neben dem klassischen Rentenbezug werden in  
720 Zukunft die unterschiedlichsten Kombinationen aus Rentenbezug und Teilzeitarbeit,  
721 ehrenamtlichem Engagement, Sorgearbeit für Partner\*innen sowie Angehörige stehen. Grüne  
722 Rentenpolitik gibt eine generationengerechte Antwort auf die Herausforderungen des  
723 demografischen Wandels und bezieht dabei die sich verändernden Berufsbiografien und  
724 Erwartungen der Versicherten sowie der Menschen im Altersruhestand ein. Dazu gehört, die  
725 Alterssicherung nachhaltig aufzustellen und in der Breite zu stärken.

726 Dafür wollen wir in der nächsten Wahlperiode den ersten Schritt zur Bürgerversicherung  
727 gehen. **Selbständige sollen in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden.**  
728 Perspektivisch streben wir eine Rentenversicherung für alle an, also auch für Abgeordnete,  
729 Freiberufler\*innen und Beamt\*innen. Wir setzen auf ein umfassendes Konzept – sowohl für  
730 Geringverdienende als auch für die Mittelschicht, für Frauen, Versicherte mit  
731 gesundheitlichen Einschränkungen und für alle Berufsgruppen. Im Zentrum stehen ein  
732 stabilisiertes Niveau der materiellen Absicherung, eine nachhaltige sowie gerechte  
733 Finanzierung – auch zwischen den Generationen - und die Möglichkeit, den Übergang vom Beruf  
734 ins Alter selbstbestimmt sowie angepasst an die eigenen Bedürfnisse zu vollziehen.

### 735 ***Rentenniveau stabilisieren - gesetzliche Rente stärken***

736 Die Basis für eine umfassende Alterssicherung ist und bleibt die gesetzliche Rente. Diese  
737 ist besser als ihr Ruf. In der Bankenkrise und während der Niedrigzinsphase bewies und  
738 beweist die umlagefinanzierte Rentenversicherung ihre Stabilität. Jedoch steht das System  
739 der Alterssicherung insgesamt vor erheblichen Herausforderungen. Während die Beitragssätze  
740 zur gesetzlichen Rentenversicherung auf den niedrigsten Stand seit zwei Jahrzehnten gesunken  
741 sind, sackte das Leistungsniveau im selben Zeitraum deutlich ab, wenn auch nicht so stark  
742 wie prognostiziert. Die zusätzliche Altersvorsorge und dabei insbesondere die Riester-Rente  
743 blieben hinter den Erwartungen zurück. Die kapitalgedeckten Säulen konnten die ihnen  
744 zugedachte, ausgleichende Rolle sowohl in der Breite als auch in der Höhe nicht ausfüllen.  
745 Eine Stabilisierung des Rentenniveaus ist vor diesem Hintergrund bereits heute dringend  
746 notwendig.

747 Das heutige, gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte **Rentenniveau sollte nicht**  
748 **weiter fallen.** Zugleich wollen wir, dass Leistungen wie die Mütterrente aus Steuern bezahlt  
749 und Rahmenbedingungen so verändert werden, dass es für Frauen, Ältere und gesundheitlich  
750 beeinträchtigte Personen leichter wird, erwerbstätig zu sein. Auch sollten schon kurzfristig  
751 deutlich mehr Personen in die Rentenversicherung einbezogen werden, insbesondere jene, die  
752 keine obligatorische Absicherung haben. So ist eine Stabilisierung des Rentenniveaus auch  
753 ohne eine deutliche Anhebung der Rentenbeitragssätze möglich. Das ist finanziell nachhaltig  
754 und führt zu einem gerechten Ausgleich zwischen den Generationen.

755 Die Zukunft der Renten entscheidet sich vor allem am Arbeitsmarkt. Wenn es uns gelingt, dass  
756 Frauen sich beruflich genauso verwirklichen können wie Männer, dann stabilisiert dies die  
757 Rentenversicherung und sichert den Frauen zudem eine eigenständige Alterssicherung. Die



758 geschlechtsspezifische Rentenlücke zwischen Frauen und Männern ist gewaltig. Bei den  
759 heutigen Rentnerinnen und Rentnern liegt sie bei rund 60 Prozent. Sie ist in den vergangenen  
760 Jahrzehnten zwar kleiner geworden. Würde es in diesem Tempo weitergehen, dürfte es jedoch  
761 noch einmal siebzig Jahre dauern, bis die Lücke geschlossen ist. So viel Zeit haben wir  
762 nicht. Wir wollen den **Gender Pension Gap minimieren**. Dazu müssen in erster Linie die  
763 Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt beseitigt, sowie die bessere Vereinbarkeit von  
764 Familien- und Erwerbsarbeit ermöglicht werden. Dies betrifft den Ausbau von  
765 Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die Einführung einer echten Pflegezeit, das  
766 Rückkehrrecht auf Vollzeit, eine Reform der Minijobs, gleicher Lohn für gleiche und  
767 gleichwertige Arbeit sowie die Abschaffung steuerlicher Negativanreize und die Einführung  
768 eines obligatorischen Rentensplittings.

769 Zusätzlich wollen wir durch eine **Garantierente** für langjährig Versicherte gewährleisten,  
770 dass alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen, andere  
771 Menschen gepflegt oder sonstige Anwartschaften in der Rentenversicherung erworben haben, im  
772 Alter eine Rente beziehen, die oberhalb der Grundsicherung liegt. Betriebliche und private  
773 Altersvorsorge werden auf die Garantierente nicht angerechnet.

#### 774 ***Betriebliche und geförderte private Altersvorsorge neu aufstellen***

775 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, das Drei-Säulen-System der Alterssicherung zu  
776 revitalisieren. Die betriebliche Altersvorsorge muss in Zukunft auch diejenigen erreichen,  
777 die heute faktisch ausgeschlossen sind. **Arbeitgeber sollen ihren Beschäftigten in jedem Fall  
778 eine Betriebsrente anbieten** und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Die  
779 Riester-Rente ist in ihrer bisherigen Form gescheitert.

780 Wir wollen die geförderte private Altersvorsorge deshalb grundlegend reformieren und ein  
781 einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen, das als öffentliches  
782 verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Altersvorsorgeprodukte tritt.

783 Zudem soll die öffentliche Förderung in Zukunft vor allem Geringverdienenden zugutekommen.  
784 Dazu wollen wir die Grundzulage erhöhen, einen Zuschlag für Menschen im unteren  
785 Einkommensbereich einführen und im Gegenzug die steuerliche Förderung über den  
786 Sonderausgabenabzug streichen.

#### 787 ***Selbstbestimmter Übergang in die Rente – leistungsgerecht und individuell***

788 Grundsätzlich sollte jede Person selbst entscheiden können, wann und wie sie in den  
789 Ruhestand wechselt. Wir halten am schrittweisen Anstieg der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre  
790 fest. Diese soll allerdings keine starre Grenze mehr sein. Denn die Bedürfnisse der Menschen  
791 unterscheiden sich. Manche Menschen wollen mit 60 ihre Arbeitszeit reduzieren, andere  
792 bevorzugen den stufenlosen Wechsel in die Altersrente und wieder andere wollen auch über die  
793 Regelaltersgrenze hinaus noch voll im Erwerbsleben stehen. Grüne Politik hat zum Ziel,  
794 diesen Wünschen und Fähigkeiten gerecht zu werden, indem wir bestehende Hindernisse auf dem  
795 Weg zu mehr Flexibilität beseitigen.

796 Wir wollen eine echte Altersteilzeit durch eine **attraktivere Teilrente** bereits ab 60  
797 ermöglichen. Gerade besonders belastete Beschäftigte sollen sie in Anspruch nehmen können.  
798 Hier wäre ein Ausgleich von Abschlägen denkbar, wenn neben einer Teilzeittätigkeit eine  
799 Teilrente in Anspruch genommen wird. Wir wollen sicherstellen, dass den Beitragszahlungen  
800 von arbeitenden Rentnerinnen und Rentnern auch Rentenleistungen gegenüberstehen. Wir setzen  
801 uns dafür ein, dass Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente, die allein aus  
802 gesundheitlichen Gründen erfolgen, abgeschafft werden.

#### 803 **Wir sorgen für mehr Steuergerechtigkeit**

804

805 Grüne Steuerpolitik stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie setzt darauf,  
806 Lebensqualität zu steigern und die ökologische Finanzreform vorantreiben,  
807 Steuergerechtigkeit zu schaffen und Steuervermeidung zu bekämpfen sowie Kinder in den  
808 Mittelpunkt der Familienförderung zu stellen. Grüne Steuerpolitik leistet auch einen Beitrag  
809 zur ökologischen Modernisierung, indem wir die Lenkungswirkung von Steuern nutzen. Weniger  
810 Folgekosten und weniger Umweltschäden gehen einher mit höheren umweltfreundlichen  
811 Investitionen und bringen damit eine doppelte Dividende für uns alle.

812 Mit unserer Steuer- und Haushaltspolitik wollen wir die nötigen Mittel für die  
813 Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bereitstellen und den zu hohen Schuldenstand vieler  
814 Gebietskörperschaften zurückführen. Außerdem wollen wir im Sinne von Umverteilung der  
815 wachsenden Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung und der mangelnden  
816 Chancengleichheit in unserer Gesellschaft steuerpolitisch entgegenwirken. Dazu gehört auch  
817 eine Entlastung von Bezieher\*innen kleiner Einkommen über steuerfinanzierte Leistungen, etwa  
818 für Familien oder den sozialen Wohnungsbau oder über Steuergutschriften. Solche Instrumente  
819 sind zielgenauer als eine Veränderung im Tarifverlauf der Einkommensteuer, weil diese auch  
820 für die höheren Einkommen Wirkung entfaltet. Wir stehen zu dem aus der Verfassung  
821 abgeleiteten Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, der eine umverteilende  
822 Wirkung des Steuerrechtes ausdrücklich vorgibt.

823 Der soziale Ausgleich, der Bildungsaufbruch und die ökologische Modernisierung können nur  
824 mit einem handlungsfähigen Staat gelingen. Die aktuell entspannte gesamtstaatliche  
825 Haushaltssituation darf nicht darüber hinweg täuschen, dass strukturelle Risiken weiter  
826 bestehen. Denn vor allem den historisch niedrigen Zinsen und dem demografisch wie  
827 konjunkturell begünstigten hohen Beschäftigungsstand verdanken wir die gegenwärtige positive  
828 Lage. Es braucht insgesamt ein Mehraufkommen, um vor dem Hintergrund der finanziellen Lage  
829 der Kommunen und der Notwendigkeit, die Schuldenbremse einzuhalten, den Investitionsstau in  
830 unserem Land aufzulösen.

### 831 **Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuergestaltung einschränken**

832 Wir wollen, dass alle ihren fairen Beitrag zum Gemeinwesen beitragen. In unserer  
833 Gesellschaft wächst das Unverständnis darüber, dass einige Wohlhabende ihre Vermögen  
834 steuerfrei in Panama verstecken und sich der solidarischen Gemeinschaft entziehen. Viele  
835 Menschen haben den Eindruck, dass wir nicht mehr in einer sozialen Marktwirtschaft, in der  
836 man mit eigener Anstrengung und durch eine faire Unterstützung der Gemeinschaft vorankommen  
837 kann, sondern längst in einer Machtwirtschaft leben, in der große Konzerne und ihre Lobbies  
838 regieren und ihre Interessen auf Kosten des Gemeinwohls durchsetzen können. Das gefährdet  
839 den sozialen Zusammenhalt und die Akzeptanz unserer Demokratie in unserer Gesellschaft. Mit  
840 dem Ankauf von Steuerdaten und der Verhinderung des Abkommens mit der Schweiz haben wir  
841 geholfen, das Ende des Bankgeheimnisses zu besiegeln, wo andere, wie Finanzminister  
842 Schäuble, es noch schützen wollten. Aber auch nach Ende des Bankgeheimnisses bleibt viel zu  
843 tun.

844 Anonyme Briefkastenfirmen sollen der Vergangenheit angehören. **Steuersümpfe wollen wir**  
845 **austrocknen**, sie gehören auf eine schwarze Liste. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen  
846 und Banken müssen sanktioniert werden, wenn sie Geschäfte in Staaten auf dieser schwarzen  
847 Liste tätigen oder sie vermitteln. Zahlungen in solche Staaten dürfen steuerlich nicht  
848 absetzbar sein und sollen mit einer Quellensteuer belegt werden. Menschen mit deutscher  
849 Staatsangehörigkeit sollen sich nicht länger durch Wegzug ihrer Steuerpflicht entziehen  
850 können. Wie in den USA sollen auch deutsche Staatsangehörige, die im Ausland leben hier  
851 steuerpflichtig bleiben.

852 Die internationale Verschiebung der Gewinne der großen Konzerne mit dem Ziel, darauf keine  
853 Steuern mehr zu bezahlen, muss endlich unterbunden werden. Wir wollen, dass Deutschland

854 vorangeht und eine Vorreiterrolle einnimmt. Die große Koalition hat hier nichts unternommen.  
855 Aus Rücksicht auf Interessen deutscher Konzerne sucht sie ausschließlich internationale  
856 Lösungen und schiebt das Problem auf die lange Bank.

857 Alle in Deutschland tätigen Unternehmen sollen ihre Gewinne, Steuerzahlungen und ihre  
858 Geschäftstätigkeit nach Ländern vollständig offenlegen. Denn die Öffentlichkeit hat ein  
859 Recht zu erfahren, falls Unternehmen ihre in Deutschland erwirtschafteten Gewinne in andere  
860 Staaten verschieben, um hier weniger oder keine Steuern zahlen. Auch Ausgaben wie  
861 Lizenzgebühren und Zinsen dürfen nicht dafür missbraucht werden. Auslandsgewinne deutscher  
862 Unternehmen wollen wir nicht länger von der Steuer freistellen, sondern die bereits im  
863 Ausland gezahlte Steuer in Deutschland anrechnen.

864 Wir wollen, dass die Anbieter von aggressiven Steuermodellen verpflichtet werden diese  
865 offenzulegen. Denn es waren Banken und Steuerberater, die Geschäfte nach Panama vermitteln  
866 und die immer wieder auffallen durch Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Was in  
867 Großbritannien und anderen Ländern schon lange selbstverständlich ist, muss auch in  
868 Deutschland endlich Realität werden. Damit beenden wir das Hase-und-Igel-Spiel zwischen  
869 Steuerbetrügnern und Finanzamt, bei dem das Finanzamt meist das Nachsehen hat. Auch  
870 Whistleblower, die wichtige Hinweise auf kriminelle Finanzgeschäfte liefern, wollen wir  
871 endlich besser schützen.

872 Die deutschen Finanzämter sind den großen Steuerabteilungen der Konzerne oft hoffnungslos  
873 unterlegen. Zahlreiche Staaten haben darauf reagiert, indem sie in ihrer Steuerverwaltung  
874 Spezialeinheiten für große multinationale Unternehmen und reiche Privatpersonen geschaffen  
875 haben. Deswegen wollen wir die Zuständigkeit für diese Gruppen von den Ländern einer  
876 Spezialeinheit auf Bundesebene übertragen. Diese **bundesweite Steuerfahndung** wollen wir in  
877 technischer und personeller Ausstattung auf Augenhöhe bringen mit den Steuerabteilungen der  
878 Konzerne und den großen Steuerberatungsgesellschaften.

### 879 **Besteuerung von Einkommen**

880 Ab 2017 wird bei der Einkommensteuer eine Anpassung des Grundfreibetrages notwendig sein.  
881 Zur aufkommensneutralen Gegenfinanzierung schlagen wir eine stärkere Differenzierung und  
882 Erhöhung des Spitzensteuersatzes im Sinne einer höheren Reichenbesteuerung vor, welche  
883 allerdings erst oberhalb eines zu versteuerndem Single-Einkommens von 100.000 Euro einsetzen  
884 soll.

885 Wir wollen die **Abgeltungsteuer abschaffen** und damit die steuerliche Bevorzugung von Kapital-  
886 gegenüber Arbeitseinkommen beenden. Kapitaleinkünfte sollen wieder der individuellen  
887 Einkommensteuer unterliegen. Wer in der Einkommensteuer den Spitzensteuersatz zahlt, soll  
888 dies auch für seine Kapitaleinkünfte tun.

889 Wir wollen die Abzugsfähigkeit von Gehältern auf 500.000 Euro und von Abfindungen auf eine  
890 Million Euro beschränken. So wird die Subventionierung von sehr hohen Vergütungen, Boni und  
891 Abfindungen durch den Steuerzahler verhindert.

### 892 **Millionen-Vermögen besteuern**

893 Derzeit werden hohe Vermögen in Deutschland sehr gering besteuert. Das liegt zum einen  
894 daran, dass die Vermögensteuer nicht mehr erhoben wird. Zum anderen wirkt die  
895 Erbschaftsteuer in ihrer jetzigen Form regressiv – je höher die Erbschaft oder Schenkung, je  
896 niedriger die effektive Steuerbelastung. Die Ursache liegt darin, dass hohe  
897 Vermögensweitergaben häufig von der Steuer freigestellt werden, weil sie überproportional  
898 oft aus der Weitergabe von Betriebsvermögen bestehen und sie damit von der Steuer  
899 freigestellt werden können.

900 Wir sehen die Notwendigkeit, mit einer verfassungsfesten, ergiebigen und umsetzbaren  
901 Vermögensbesteuerung einer sich verstärkenden Vermögensungleichheit entgegen zu wirken und  
902 die Mittel zu erwirtschaften, die für die Finanzierung von Maßnahmen zu mehr  
903 Chancengleichheit vor allem im Bildungsbereich notwendig sind. Bei der Reform der  
904 Vermögensbesteuerung werden wir darauf achten, dass sie unternehmerische  
905 Investitionsentscheidungen möglichst wenig beeinflusst und gleichermaßen Steuergestaltungen  
906 weitgehend vermieden werden. Eine aus Verfassungs- und Gerechtigkeitsgründen problematische  
907 Unterscheidung verschiedener Vermögensarten wollen wir vermeiden. Die durch ein Urteil des  
908 Verfassungsgerichts veranlasste Reform der Erbschaftssteuer ändert daran so gut wie nichts.  
909 Die große Koalition hat die Erbschaftsteuer noch komplizierter gemacht und die Ausnahmen für  
910 die Erben von Betriebsvermögen im Millionenumfang weitgehend beibehalten. Wir finden das  
911 nicht gerecht und bezweifeln, dass es verfassungsgemäß ist.

912 *VARIANTE 1:* Wir streben die Wiederbelebung der Vermögensteuer an. Eine gute Basis bietet  
913 dabei die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Januar 2016, die  
914 auch für mehrere Varianten von Steuersätzen und Freibeträgen das Aufkommen schätzt. Die  
915 grüne Vermögensteuer soll als Millionärsteuer ausgestaltet werden mit einem persönlichen  
916 Freibetrag von mindestens einer Million Euro. Der Steuersatz soll maximal 1 Prozent betragen  
917 und das Aufkommen bei 10 Milliarden Euro liegen. Mit diesem Ansatz würden 99,8 Prozent des  
918 Aufkommens vom reichsten 1 Prozent unserer Gesellschaft getragen werden. Steuerfrei bleiben  
919 die gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorgevermögen sowie die Altersrückstellungen  
920 im Rahmen von privaten Krankenversicherungen. Ausweichmöglichkeiten werden dadurch  
921 eingeschränkt, dass die Steuerpflicht an der Staatsangehörigkeit ansetzt, eine Verlagerung  
922 von Wohnsitz oder Vermögen ins Ausland reduziert deshalb die Steuerzahlung nicht.

923 *VARIANTE 2:* Für eine tatsächlich progressive Erbschaftsteuerbelastung halten wir eine  
924 Erbschaftsteuer mit einer einheitlichen und breiten Bemessungsgrundlage für alle  
925 Vermögensarten (synthetische Erbschaftsteuer) für notwendig, denn sie allein unterbindet die  
926 Gestaltung über unterschiedliche Vermögensarten. Mit moderaten Steuersätzen (Größenordnung  
927 15 Prozent) und unter Beibehalt der aktuellen Freibeträge wird eine verfassungsfeste,  
928 progressive und für die Länderhaushalte ergiebige Vermögensbesteuerung erreicht. Mit einer  
929 verbindlich einzuräumenden Stundungsoption über einen angemessenen Zeitraum kann diese  
930 Steuer von jedem Unternehmenseigentümer getragen werden, ohne die Investitionsmöglichkeiten  
931 des Unternehmens einzuschränken.

### 932 **Steuergerechtigkeit durch Vereinfachung**

933 Das deutsche Steuersystem ist nicht einfach zu durchschauen. Viele Bürger\*innen erstellen  
934 ihre Steuererklärung nur mit Hilfe einer kostenpflichtigen Steuerberatung oder verzichten  
935 ganz auf den Aufwand und damit oft auch auf Rückzahlungen. Dazu kommt, dass sich gerade bei  
936 großen Vermögen und hohen Einkommen durch legale Steuervermeidungstricks erhebliche  
937 Einsparungen erzielen lassen. All dies trägt zu dem Ungerechtigkeitsempfinden bei, wenn es  
938 ums Thema Steuern geht. Dem wollen wir etwas entgegenstellen. Vorausgefüllte  
939 Steuererklärungen sind ein Schritt in die richtige Richtung, um Bürger\*innen die Abgabe der  
940 Steuererklärung zu vereinfachen. Doch weitere müssen folgen, um die Anzahl der Formulare und  
941 Fragen zu reduzieren. Unser Ziel ist, dass am Ende für alle ein möglichst einfaches und  
942 verständliches Verfahren steht.

943 Auch viele Selbstständige und mittelständische Unternehmen leiden unter dem bürokratischen  
944 Aufwand, der mit der deutschen Steuergesetzgebung verbunden ist. Diese kann reduziert  
945 werden, zum Beispiel indem wir die **Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter**  
946 **erhöhen**. Auch steht eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen  
947 Verfahren bei Handel innerhalb der EU an. Um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten,  
948 schaffen wir Branchensubventionen wie zum Beispiel bei der Umsatzsteuer für die Hotelbranche

949 ab. Zur Steuervereinfachung von Selbständigen wollen wir zusätzlich die Abgrenzungskriterien  
950 im Sozial-, Arbeits-, und Steuerrecht einheitlich regeln, so dass Doppel- oder  
951 Dreifachprüfungen vermieden werden können.

## 952 **Wir wollen ökologische Gerechtigkeit für uns und unsere** 953 **Kinder**

954  
955 Ungerechtigkeiten entstehen auch durch Umweltverschmutzung und ökologische Verfehlungen.  
956 Daher gehören Gerechtigkeit und Ökologie untrennbar zusammen. Kommenden Generationen eine  
957 lebenswerte Welt zu hinterlassen, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Eine gute Zukunft wird  
958 es nur dann geben, wenn wir innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und  
959 alle Menschen am erwirtschafteten Wohlstand teilhaben können. Dabei haben wir keine Zeit zu  
960 verlieren. Denn wenn wir so weiter machen, benötigen wir im Jahr 2030 eine zweite Erde, um  
961 den Bedarf der Menschheit an Nahrung, Wasser und Energie zu decken. Deshalb kämpfen wir  
962 Grüne für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und gegen den Raubbau an  
963 begrenzten Ressourcen.

964 Umweltzerstörung und Klimakrise sind Treiber von Ungerechtigkeit und Armut weltweit. Dabei  
965 sind es meist die Ärmsten, die am stärksten unter Umweltzerstörung leiden, zu der sie selbst  
966 wenig dazu beigetragen haben. Das erleben wir, wenn Ernten verdorren und Menschen durch  
967 steigende Meeresspiegel zur Flucht gezwungen werden. Oder wenn die Rodung von Regenwald für  
968 den Soja-Anbau als Futter für die industrielle Landwirtschaft indigenen Kleinbauern die  
969 Existenzgrundlage entzieht. Deshalb ist es auch ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn wir Grüne  
970 für Klimaschutz und eine intakte Natur für alle streiten. Wir wissen: Ohne globale  
971 Gerechtigkeit wird es auch keine internationale Solidarität gegen Klimakrise und  
972 Artensterben geben – und ohne den Kampf gegen die Klimakrise keinen Fortschritt hin zu einer  
973 gerechteren Welt.

974 Auch in unserem Land schafft eine Politik, die sozial und ökologisch ausgerichtet ist,  
975 gerechtere Verhältnisse. Durch einen starken Umwelt- und Verbraucherschutz sorgen wir Grüne  
976 dafür, dass **saubere Luft, reines Wasser und giftfreies Essen** kein Privileg für wenige  
977 werden. Mit dem Umstieg auf Erneuerbare Energien treffen wir Vorsorge, dass **Strom, Wärme und**  
978 **Mobilität dauerhaft bezahlbar bleiben**, auch wenn die fossilen Energiereserven knapper  
979 werden.

980 Durch eine gute Umweltpolitik profitieren langfristig alle. **Wir wollen, dass Preise**  
981 **zunehmend die ökologische Wahrheit sagen**, damit wir nicht weiter auf Kosten künftiger  
982 Generationen wirtschaften. Uns ist zugleich die Herausforderung bewusst, die kurzfristigen  
983 sozialen Folgen umweltpolitischer Maßnahmen abzufedern. Der dringend notwendige Einstieg in  
984 den Kohleausstieg führt zu Strukturbrüchen in Regionen. Den Übergang zu neuen Industrien und  
985 Arbeitsplätzen wollen wir aktiv fördern. Neben dem Klimawohngeld entlasten auch Vorgaben und  
986 Förderprogramme für effiziente Elektrogeräte und spritsparende Fahrzeuge gerade Haushalte  
987 mit kleinen Einkommen.

988 Zu einer ökologisch gerechten Politik gehört auch, dass wir **umweltschädliche Subventionen**  
989 konsequent **abbauen**. Laut Umweltbundesamt betragen diese derzeit 52 Milliarden jährlich. Das  
990 mindert den Umweltverbrauch, verbessert die Finanzierung unseres Gemeinwesens und setzt  
991 Mittel frei, um die sozial und ökologisch gerechte Modernisierung unseres Landes  
992 voranzubringen.

## 993 **Wir kämpfen für eine gerechtere Welt**

994  
995 Gerechtigkeit endet für uns Grüne nicht an Grenzen. Wir wollen, dass alle Menschen in allen  
996 Regionen dieser Welt in Frieden und Würde leben können. In einer globalisierten Welt müssen

997 alle Länder eine faire Chance auf Entwicklung erhalten und es liegt auch in der  
998 Verantwortung Deutschlands dies zu ermöglichen.

999 Unser Ziel ist es im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele Hunger und Armut weltweit zu  
1000 verringern, die Menschenrechte umzusetzen, Wohlstand gerechter zu verteilen und so zu  
1001 wirtschaften, dass die Lebensgrundlagen aller erhalten bleiben. An diesen Zielen wollen wir  
1002 die Politik hierzulande ebenso ausrichten wie die Außen- und Entwicklungspolitik. Dazu  
1003 gehört, internationale Zusagen auch einzuhalten. Die Industriestaaten haben versprochen,  
1004 ihre Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf mindestens 0,7 Prozent ihrer  
1005 Wirtschaftsleistung zu erhöhen und zusätzlich jährlich 100 Millionen für den globalen  
1006 Klimaschutz auszugeben. Wir streiten dafür, dass Deutschland seinen Teil dieser  
1007 Verpflichtungen bis 2020 umsetzt.

1008 Weltweit sehen wir, dass ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des weltweiten  
1009 Vermögens besitzt. In vielen Ländern bereichern sich korrupte Eliten. Viele multinationale  
1010 Konzerne zahlen kaum Steuern, da sie ihre Gewinne in Steuersümpfe verschieben. Globale  
1011 Regulierung hinkt dabei oft meilenweit hinterher. In den letzten 20 Jahren konnte die Anzahl  
1012 der Menschen, die in extremer Armut leben müssen, halbiert werden, doch noch immer haben 80  
1013 Prozent der Weltbevölkerung keine angemessene soziale Absicherung. Selbst Arbeit schützt  
1014 nicht vor Armut, gefährliche Arbeitsbedingungen und Ausbeutung sind weit verbreitet – von  
1015 den Textilfabriken Südostasiens oder auf den Kakaopflanzungen Westafrikas. Um das zu ändern,  
1016 wollen wir die Globalisierung gerecht und nachhaltig gestalten. In Ländern wie China und  
1017 Indien, aber auch zunehmend in Afrika, hat sie bereits dazu beigetragen, dass breite  
1018 Bevölkerungsschichten extreme Armut überwinden konnten. Sie beschleunigt Innovation und  
1019 sorgt nicht zuletzt für einen Zuwachs an politischem und kulturellem Austausch.

1020 Wir stehen für eine internationale Wirtschaftsordnung, die dazu beiträgt, die nachhaltigen  
1021 Entwicklungsziele der UN zu erreichen. Dafür reichen Selbstverpflichtungen der international  
1022 agierenden Unternehmen nicht aus. Es braucht gesetzlich verbindliche Transparenz- und  
1023 Offenlegungspflichten für die gesamte Lieferkette. Wir wollen, dass für Lieferketten auch  
1024 gesetzlich verbindliche Umwelt- und Sozialstandards gelten.

1025 Hunger und Unterernährung wollen wir mit einer umfassenden Strategie bekämpfen, deren  
1026 Herzstück eine globale Agrarwende ist. Wir wollen weg von einer hoch subventionierten  
1027 industriellen Landwirtschaft, die die Märkte in Entwicklungsländern mit billigen  
1028 Hähnchenflügeln flutet oder von Fangflotten, die die Meere vor Afrika leer fischen und hin  
1029 zu einer stärkeren Förderung von Kleinbäuer\*innen und von Kleinfischer\*innen in  
1030 Entwicklungsländern.

1031 Deutschland hat als führendes Industrieland eine besondere Verantwortung. Wir wollen die  
1032 Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch forcieren in dem wir zum Beispiel  
1033 Kreislaufwirtschaft und Recycling fördern. Außerdem braucht es bessere Rahmenbedingungen für  
1034 fairen, ökologischen und sozialen Konsum. Damit Fairtrade-Produkte aus der Nische kommen,  
1035 fordern wir mehr Transparenz und eine bessere Kennzeichnung. Außerdem wollen wir, dass die  
1036 öffentliche Hand bei der öffentlichen Beschaffung konsequent mit gutem Beispiel vorangeht.  
1037 Rohstoffe müssen unter fairen Bedingungen abgebaut und gehandelt werden.

1038 Mit fairem Handel können wir die Globalisierung ökologisch und sozial gerecht gestalten.  
1039 Dafür wollen wir die Handelsbeziehungen Europas neu ausrichten, so dass sie die  
1040 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen unterstützen. Die EU-Kommission darf nicht  
1041 länger Druck auf Entwicklungsländer ausüben ihre Märkte weiter zu öffnen. TTIP und CETA  
1042 schließen die ärmsten Länder bei der Gestaltung der Regeln des Welthandels aus. Wir werden  
1043 uns weiterhin dafür einsetzen, diese Abkommen zu stoppen. Gleiches gilt für die  
1044 entwicklungsschädlichen Partnerschaftsabkommen (EPAs), die die europäische Union derzeit mit

1045 den afrikanischen Staaten verhandelt. Stattdessen verfolgen wir einen multilateralen Ansatz,  
1046 der auf die selbstbestimmte Entwicklung in den Ländern des Südens abzielt.

1047 [1] Eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit braucht eine wirtschaftliche Basis. In  
1048 unserem Beschluss „Grüner Wirtschaften für eine lebenswerte Zukunft“ haben wir 2015  
1049 dargelegt, wie wir unseren Wohlstand mit klaren ökologischen und sozialen Leitplanken  
1050 erwirtschaften und unsere Wirtschaft zugleich wettbewerbsfähiger machen können.